Die verfassungs- und dreistufentestkonforme Auslegung der Schranken des Urheberrechts – zugleich eine Überprüfung von § 52b UrhG

von
Johannes Reschke

1. Auflage 2010

Die verfassungs- und dreistufentestkonforme Auslegung der Schranken des Urheberrechts – zugleich eine Überprüfung von § 52b UrhG – Reschke

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

V&R unipress 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 89971 656 6

Einführung und Gang der Untersuchung

Das Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (UrhG) und insbesondere die Reichweite der gesetzlichen Schrankenbestimmungen sind seit etwa zehn Jahren Gegenstand intensiver wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen. Im Zuge der rasanten technischen Entwicklung hat der Gesetzgeber für ausgewählte neue Möglichkeiten der digitalen Werknutzung weitere Ausnahmetatbestände in das UrhG eingeführt. Um die geweckten Nutzerinteressen zu befriedigen, wurden auch bestehende Schranken extensiver ausgelegt. Diese Reaktionen auf den technischen und gesellschaftlichen Wandel verringerten die Beteiligung der Urheber an der Werkverwertung, da manche neuen Arten der urheberrechtlichen Wertschöpfung vom Ausschließlichkeitsrecht des Urhebers ausgenommen wurden.

Manchen ging diese faktische Ausdehnung der Schranken jedoch nicht weit genug. Ob das deutsche Urheberrecht einen gerechten Interessenausgleich zwischen den Rechtsinhabern und den schützenswerten Interessen der Allgemeinheit überhaupt noch gewährleistet und konzeptionell den Anforderungen einer auf Wissen und Bildung basierenden Gesellschaft gewachsen ist, wird insbesondere von der Open-Access-Bewegung infrage gestellt. Dass breite Teile der Gesellschaft eine uneingeschränkte Freiheit privater oder nichtkommerzieller Vervielfältigungen befürworten und das Urheberrecht als umfassendes, privatnütziges Ausschließlichkeitsrecht wenig achten, zeigt nicht zuletzt der beachtliche Stimmenanteil der Piratenpartei bei der Bundestagswahl 2009.¹

Vor dem Hintergrund der komplexen verfassungs- und konventionsrechtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung urheberrechtlicher Schranken soll dieser Grundkonflikt näher untersucht werden. Neben den Grundrechten des Urhebers dürfen Schranken insbesondere nicht den Dreistufentest verletzen, der

1 Immerhin 2 % der Wähler entschieden sich für eine Partei, deren sinnstiftendes Anliegen in erster Linie der Kampf gegen das Urheberrecht als Ausschließlichkeitsrecht ist, siehe www.bundeswahlleiter.de. *Schack* FS Wadle, S. 1005, 1017 vergleicht diese Forderungen zu Recht mit dem populären, aber auf dem Rücken der Urheber ausgetragenen Wunsch nach »Freibier für alle!«

mit der Richtlinie 2001/29/EG vom 22. 05. 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (Harmonisierungs-RL) ausdrücklich Eingang in das europäische Recht gefunden hat. Die Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter kann daher nicht bedeuten, das Ausschließlichkeitsrecht zu bloßen Vergütungsansprüchen umzuformen oder gar eine völlig freie Werknutzung zu propagieren.

Stets müssen Schrankenregelungen jedoch auch die berechtigten Interessen der Werknutzer hinreichend berücksichtigen. Da der materielle Prüfungskern des Dreistufentests teilweise noch umstritten ist und auch die verfassungsrechtlichen Anforderungen von der Rechtsprechung nicht immer widerspruchsfrei herausgearbeitet wurden, besteht bei der Auslegung der Schrankenbestimmungen eine gewisse Unsicherheit. Ohne eine dogmatisch gesicherte Rechtsprechung kann der Rechtsanwender die tatsächliche Reichweite einer Schranke oft nicht hinreichend klar erkennen.

Die vorliegende Arbeit will die Grundregeln einer verfassungs- und richtlinienkonformen Auslegung herausarbeiten. Die zulässige Reichweite von Schrankenbestimmungen soll auf eine tragfähige Grundlage gestellt und so dem Rechtsanwender eine Richtschnur für die zukünftige Auslegung von Schranken gegeben werden.

Zunächst wird in einer kurzen Einleitung die dogmatische Begründung der urheberrechtlichen Schrankenregelungen erläutert, danach auf die verfassungsrechtliche Verankerung der widerstreitenden Interessen im Urheberrecht eingegangen. In diesem Rahmen werden die gängigen Auslegungsregeln untersucht und die Leitlinien einer verfassungskonformen Auslegung urheberrechtlicher Schranken dargestellt. Anschließend soll die Entwicklung der verfassungskonformen Auslegung von Urheberrechtsschranken an ausgewählten Urteilen nachvollzogen werden.

Danach werden der Dreistufentest und seine Auslegungs- und Anwendungsgrundsätze erörtert. Wie bei der Untersuchung der verfassungskonformen Auslegung werden zu diesem Zweck auch Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs analysiert. Im Folgenden wird auf die Bedeutung des Dreistufentests im europäischen Urheberrecht und auf dessen Auslegung durch den EuGH eingegangen.

Abschließend werden die jeweiligen Maßstäbe der verfassungs- und richtlinienkonformen Auslegung miteinander verglichen. Es wird herausgearbeitet, inwieweit sie sich gleichen, ergänzen oder beeinflussen können und ob der Rechtsanwender bei Auslegung der Schranken des deutschen Urheberrechts wesentliche Aspekte des Dreistufentests zusätzlich zu den bislang schon befolgten verfassungsrechtlichen Vorgaben beachten muss.

Die so gewonnenen Ergebnisse werden dann am Beispiel des besonders

kontroversen § 52b UrhG nutzbar gemacht, der auf seine Vereinbarkeit mit grundrechtlich geschützten Interessen und dem Dreistufentest untersucht wird. Zu diesem Zweck wird dargestellt, wie eine verfassungs- und richtlinienkonforme Auslegung des § 52b UrhG konkret zu erfolgen hat.